

KOMMENTAR

Wir brauchen jetzt Solidarität bei VW, Audi und Porsche

Der Streit der Familien Porsche und Piëch um die Zukunft von VW und Porsche ist wohl endlich zu Ende. Als Vertreter der Beschäftigten sollten wir daraus einige Lehren ziehen. Dies ist angesichts der derzeitigen Weltwirtschaftskrise, die die Automobilindustrie besonders trifft, von großer Bedeutung:

■ Wir dürfen uns nicht gegenseitig ausspielen lassen: Weder die Beschäftigten von Neckarsulm und Ingolstadt, noch die von Audi und VW, noch die von VW und Porsche. Denn nur die Solidarität aller Arbeiter und Angestellten bringt uns weiter.

■ Wir als Beschäftigte haben unsere eigenen Interessen. Auf der anderen Seite sitzen die Aktionäre, die gegebenenfalls ganz andere Interessen und manchmal, wie wir gesehen haben, auch erhebliche Differenzen haben.

■ Die IG Metall wird zusammen mit den Beschäftigten und ihren Betriebsräten alle Standorte des VW-Konzerns verteidigen. Dies war schon die Lehre aus dem Kampf um Audi/NSU Mitte der 70er-Jahre. Und das VW-Gesetz gibt uns dazu besondere Möglichkeiten. Deshalb mein Appell an die Kolleginnen und Kollegen in Stuttgart-Zuffenhausen: Macht mit, wenn wir das VW-Gesetz eines Tages wieder verteidigen müssen.

Rudolf Luz
Erster Bevollmächtigter der
IG Metall Heilbronn-Neckarsulm

IMPRESSUM

IG Metall Heilbronn-Neckarsulm, Salinenstraße 9, 74172 Neckarsulm, Telefon 0 71 32 – 93 81-0, Fax 0 71 32 – 93 81-30, E-Mail: neckarsulm@igmetall.de, Redaktion: Rudolf Luz (verantwortlich), Jürgen Ergenzinger

METALLER AUS DEM WÜRTTEMBERGISCHEN UNTERLAND ZUR BUNDESTAGSWAHL

Betriebsräte: »Wahltag ist Zahhtag«

»Wenn die FDP an die Regierung kommt, geht es ans Eingemachte«, sagt Romann Greschbach von Atmel.

»Wir müssen alles tun, um Schwarz-Gelb zu verhindern«, sagt Romann Greschbach, der Vorsitzende des Betriebsrats von Atmel Automotive in Heilbronn (zirka 400 Beschäftigte). Dies sei auch die Meinung vieler seiner Kollegen. Ähnlich ist die Stimmung in anderen Betrieben im



Romann Greschbach, Atmel

Unterland. »Wenn die FDP an die Regierung kommt, geht es ans Eingemachte«, sagt Greschbach, »dann geht es an unsere Schutzrechte.«

Doch gerade jetzt sehe man, wie wichtig diese Rechte sind. Bruno Heilmann von Illig in Heilbronn (680 Beschäftigte) meint, dass der alte Spruch »Wahltag ist Zahntag« nach der Wahl Ende September



Horst Schütz, Kaco

eine neue Bedeutung erhalten wird. »Dann wird sich zeigen, ob die Unternehmer Instrumente wie Kurzarbeit überhaupt noch anwenden werden«, sagt Heilmann. Denn viele hätten bisher vor allem deshalb keine Entlassungen ausgesprochen, weil sie vor der Wahl die soziale Ruhe erhalten wollten.

Auch Horst Schütz erwartet, dass die Monate nach der Wahl viel schwieriger werden. Der Betriebsratsvorsitzende von Kaco (550 Beschäftigte) befürchtet einen erheblichen Personalabbau, wenn sich die Auftragslage nicht verbessert. Und er erwartet bei einer schwarz-gelben Regierung massive Angriffe auf die Gewerk-

schaften und den Flächentarifvertrag. Allerdings hätte die SPD, zum Beispiel mit ihrer Rentenpolitik, nicht gerade dazu beigetragen, ihre Wahlaussichten zu verbessern.

Roland Stark von Kolbenschmidt geht davon aus, »dass nach der Wahl Fürchterliches kommen wird, wenn diejenigen gewinnen, die den Markradikalismus propagieren«.



Roland Stark, Kolbenschmidt

Die Krise werde erst ab Herbst auf dem Arbeitsmarkt richtig durchschlagen. Dies, meint der Vorsitzende des KS-Gesamtbetriebsrats (1400 Beschäftigte)

könne auch das Unterland mit seiner starken Abhängigkeit von der Automobilindustrie hart treffen. ■

Metaller haben hohe Erwartungen

Befragung im württembergischen Unterland ergab: Die Menschen wollen sichere Arbeitsplätze.

»Selten war Politik so weit von den Erwartungen der Menschen entfernt«, sagt Rudolf Luz, der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Heilbronn-Neckarsulm. Dies sei die Meinung der großen Mehrheit der Metallerrinnen und Metaller im Unterland, die die Gewerkschaft in einer Befragung im Rahmen der bundesweiten Kampagne »Gemeinsam für ein gutes Leben« ermittelt hat.

Die Befragten, sagt der Unterländer IG Metall-Chef, wollten sichere Arbeitsplätze mit fairen Bedingungen, eine gerechte Gesellschaft, in der sich Arbeit und Leben besser miteinander vereinbaren lassen. Ebenso wichtig sei ihnen eine gute Zukunft für ihre Kinder und dass sie im Alter sorgenfrei leben können. Viel zu lange schon richte sich die Politik nach den Wünschen der Banken

und der Wirtschaft, kritisiert Rudolf Luz. Die aktuelle Krise zeige, dass die Kerninteressen der Menschen zugunsten der Gier einiger Weniger geopfert würden.

Die Ergebnisse der Befragung belegen, wie wichtig es den Metallerrinnen und Metallern im Unterland ist, dass sie einen sicheren Arbeitsplatz haben und dass es gerecht zugeht in der Gesellschaft. Die materielle Sicherheit bei Arbeitslosigkeit und Krankheit und die Einführung von Mindestlöhnen stehen ebenfalls ganz oben auf der Wunschliste. Viele Befragte fordern eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte. Zugleich ist für die Menschen sichere und faire Arbeit von hoher Wichtigkeit. Die Zustimmungsraten bei all diesen Fragen liegt im Unterland zwischen 75 und 92 Prozent.

Außerdem fordern die Befragten ein Einkommen, von dem man gut leben kann. Auch hat die Sicherheit im Alter einen hohen Stellenwert. Eine klare Mehrheit – bei Audi sind es 85,7 Prozent der Befragten – erteilt der Rente mit 67 eine Absage.

Für jeden eingegangenen Fragebogen spendet die IG Metall einen Euro für gemeinnützige Zwecke. Wegen des sehr guten Rücklaufs im Unterland sind dies 12 000 Euro. Der Betrag wird verteilt unter folgenden Einrichtungen: Astrid-Lindgren-Schule in Neckarsulm, Lindenparkschule in Heilbronn, Kaywaldschule in Lauffen, die Organisation »Der Fels – Mensch hilft Mensch«, Deutscher Kinderschutzbund Kreisverband Heilbronn und First Responder-Einheit der Feuerwehr Neudenau.